

„Tauben leiden unter der Sperrung“

Bietigheim-Bissingen. In Zeiten der Koronasperrung sorgen sich Tierschützer um den Fortbestand der Stadtauben. Aus diesem Grund hat die Tierrechtsorganisation Peta die Stadt Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg) aufgefordert, das dort geltende Fütterungsverbot aufzuheben. Denn während der Sperrung gab es nicht mehr genug Futterreste für die Vögel, zum Beispiel vor Imbissbuden oder Restaurants. „In einer solchen Ausnahmesituation wird es innerhalb kürzester Zeit zu einer akuten Gefahr für das Leben der Tiere“, heißt es in einer Stellungnahme von Peta Deutschland. Die Stadt sollte daher Fütterungen zulassen. Aufgrund des nationalen Tierschutzziels in Deutschland sind die Gemeinden gesetzlich verpflichtet, die Tauben vor dem Hunger zu bewahren. „…

Bietigheim-Bissingen. In Zeiten der Koronasperrung sorgen sich Tierschützer um den Fortbestand der Stadtauben. Aus diesem Grund hat die Tierrechtsorganisation Peta die Stadt Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg) aufgefordert, das dort geltende Fütterungsverbot aufzuheben. Denn während der Sperrung gab es nicht mehr genug Futterreste für die Vögel, zum Beispiel vor Imbissbuden oder Restaurants. „In einer solchen Ausnahmesituation wird es innerhalb kürzester Zeit zu einer akuten Gefahr für das Leben der Tiere“, heißt es in einer Stellungnahme von Peta Deutschland. Die Stadt sollte daher Fütterungen zulassen. Aufgrund des nationalen Tierschutzziels in Deutschland sind die Gemeinden gesetzlich verpflichtet, die Tauben vor dem Hunger zu bewahren.

Peta wird in dieser Angelegenheit vom Deutschen Tierschutzverband in Baden-Württemberg unterstützt. „Tatsächlich besteht das Risiko, dass insbesondere Tauben unter den schwierigen Bedingungen im Winter und den zusätzlichen Einschränkungen leiden, die durch die derzeitige Sperrung verursacht werden“, sagte eine Sprecherin. In dieser Hinsicht ist es heutzutage notwendig, dass beispielsweise Tierschützer die Vögel kontrollieren und an speziellen Fütterungsstationen füttern.

Bußgelder zwischen fünf und 500 Euro

Lesen Sie weiter nach der Anzeige

Die Stadt Bietigheim-Bissingen weist darauf hin, dass es seit Jahrzehnten ein Fütterungsverbot gibt. „Wir haben eine umfangreiche Taubenpopulation, die durch den Taubenkot zahlreiche Verschmutzungen und Schäden an Gebäuden verursacht“, sagte eine Sprecherin. Trotzdem fanden die Tauben immer noch viel Futter – und immer wieder übrig gebliebenes Brot oder Getreide von Passanten. Wer gegen das Fütterungsverbot verstößt, muss mit einer gebührenpflichtigen Verwarnung rechnen. Die Geldbuße hierfür liegt zwischen fünf und 500 Euro. Laut der Sprecherin besteht keine Absicht, an dieser Praxis etwas zu ändern.

Auch in Stuttgart, Karlsruhe und anderen Städten dürfen Tauben nicht auf Straßen, Wegen oder in Parks gefüttert werden. „Eine Lockerung des bestehenden Fütterungsverbots würde zu einem unkontrollierbaren Bevölkerungswachstum führen und ist aus Sicht der Verwaltung abzulehnen“, sagt die Stadt Karlsruhe.

Tauben stehen vor einem Taubenmast auf der Neckarinsel in Tübingen. © Quelle: Sebastian Gollnow / dpa

So hat beispielsweise das Stuttgarter Verwaltungsgericht 2014 in einem Urteil die Rechtmäßigkeit kommunaler Fütterungsverbote unterstützt. Darüber hinaus werden Stadttauben in Karlsruhe und auch in Tübingen mit artengerechtem Futter in Taubenmasten und Taubenschlägen versorgt.

Peta fordert auch, dass die „einzige nachhaltige Lösung“ Taubenschläge in den Stadtzentren sind, wo geeignete Nahrung und Wasser sowie geeignete Brutstätten verfügbar sind. Durch den Austausch von Taubeneiern gegen Gips-Eier kann die Population auch auf nachhaltige und tierschutzbezogene Weise kontrolliert werden.

In der Landeshauptstadt werden Tauben von Freiwilligen in Taubenschlägen gefüttert. Aber auch in Stuttgart kann dies als Ausnahme angesehen werden. „Die Tauben waren wegen der Sperrung nicht in Gefahr. Sie dürfen sowieso nicht gefüttert werden – mit Ausnahme der überwachten Schlaganfänge“, sagte ein Stadtsprecher.

In Bietingen-Bissingen gibt es keine derartigen Geräte. Nach Angaben des Rathauses fehlt der Stadt Personal für solche oder ähnliche Projekte. Gespräche mit möglichen Freiwilligen haben noch nicht zum gewünschten Erfolg geführt.

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> Zum kompletten Artikel

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de